

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 53.
Verantwortlicher Redaction:
Bismarck 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Interate an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.
In den Filialen für Inf. Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22.
Gust. Schöke, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

K Auflage 15,300.

Abonnementpreis viertel. 4 1/2 Rthl.,
incl. Frachtlohn 5 Rthl.,
durch die Post bezogen 6 Rthl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Schließen für Extrablätter
ohne Postbefreiung 36 Pf.
mit Postbefreiung 45 Pf.
Jahresab. 5 Rthl. 20 Pf.
Schöne Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstich
die Spaltzeile 40 Pf.
Interate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachschuß.

N^o 72.

Wittwoch den 13. März 1878.

72. Jahrgang.

Sur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des deutschen Kaisers wird

Freitag, den 22. März, Mittags 1 1/2 Uhr

ein Festmahl im hiesigen Schützenhause stattfinden
wobei, welche sich betheiligen wollen, werden gebeten, die Tafelkarten à 3 A bei Herrn B. J. Hansen, Markt Nr. 14, oder im Schützenhause bei Herrn Hoffmann, bei Ersterem bis mit
dem 20. d. M. in Empfang zu nehmen.
Leipzig, den 9. März 1878.

ein Festmahl im hiesigen Schützenhause stattfinden
wobei, welche sich betheiligen wollen, werden gebeten, die Tafelkarten à 3 A bei Herrn B. J. Hansen, Markt Nr. 14, oder im Schützenhause bei Herrn Hoffmann, bei Ersterem bis mit
dem 20. d. M. in Empfang zu nehmen.
Leipzig, den 9. März 1878.

Städtische Fortbildungsschule für Mädchen.

Anmeldungen für dieselbe nimmt der Unterzeichnete von Montag, den 11. März, bis Mittwoch, den 13. März, Vormittags von 10-12 Uhr und Nachmittags von 3-5 Uhr im Directorialzimmer der 1. Bürger-
schule für Knaben entgegen. Bei der Anmeldung ist die letzte Schulcensur mitzubringen.
Zur Aufnahme ist erforderlich, daß die Schülerin aus der Volksschule entlassen ist, das 16. Lebensjahr
noch nicht überschritten hat und die entsprechende Vorbildung besitzt.
Die Anstalt hat einen zweijährigen Cours für eine tiefere allgemeine Bildung und einen darauffolgenden
einjährigen Fachcours. In ersterem wird wöchentlich 24 Stunden Unterricht in: deutscher Sprache und
Literatur, französ. Sprache (im zweiten Jahre auch Englisch facultativ), Rechnen und Geometrie, einfacher
Buchführung (im 2. Jahre), Geographie, Geschichte, Naturkunde, Zeichnen, weiblichen Arbeiten, Singen und
Turnen erteilt. In letzterem sind Deutsch, Französisch und Englisch gemeinsame Gegenstände; im Uebrigen
scheiden sich die Schülerinnen in eine kaufmännische Abtheilung, eine Zeichen- und eine Abtheilung für
weibliche Arbeiten, welche letztere in einer entsprechenden größeren Stundenzahl gelehrt werden.
G. Reimer, Director.

Gewölbe-Vermiethung.

Das bisher an die Gewerhandlung der Firma F. H. Melasnor vermietete Gewölbe sammt Schreib-
tische und Niederlage im sogenannten Hard'schen Hause, Universitätsstraße Nr. 23, soll wegen eingetretener
Todesfälle vom 1. October dieses Jahres an auf sechs Jahre im Wege der Vicitation anderweit vermietet
werden.
Miethliebhaber werden ersucht, sich in dem zur Versteigerung dieses Gewölbes nebst Zubehör auf
Montag, den 18. März 1878, Vormittags 11 Uhr,
angelegten Termine im Universitäts-Rentamte einzufinden und ihre Gebote abzugeben.
Die Vicitationsbedingungen liegen daselbst zur Einsicht aus.
Die Auswahl unter den Vicitanten und die Entschliessung in der Sache überhaupt bleibt dem Rentamte
vorbehalten.
Leipzig, am 11. März 1878.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Leipzig, 12. März.

Vor uns liegt ein französisches Schriftchen
„L'alliance franco-allemande“. Der Titel ist ver-
lockend, und in der That tritt der Verfasser, der
sich als „un alsacien“ einführt, mit einer gewissen
Verlässlichkeit für ein Bündniß zwischen Frank-
reich und Deutschland ein. Beschiden und
gutmüthig, wie wir Deutsche trotz aller Siege ge-
blieben sind, empfinden wir noch immer einen an-
genehmen Kitzel, wenn man uns vom Auslande
der freundschaftlich anredet, und vollends, wenn man uns
auf gut französisch die Freundschaftsbande reicht.
„So'n bißchen französisch macht sich doch immer
noch wunderschön.“ Und wär's denn nicht wirklich
berührend, wenn die beiden größten Kultur-Nationen
des Festlandes, anstatt sich gegenseitig anzuhäufen
und, bis an die Zähne bewaffnet, mißtrauisch gegen-
überzustehen, sich lieber ausöhnten, ihr Schwand
vernichteten und die Mittel, die sie jetzt für den
bewaffneten Frieden opfern müssen, fernerhin für
wahrhaft friedliche und menschliche Zwecke verwen-
deten? Unser „Alsacien“ malt uns das Bild eines
solchen Bündnisses in den rosigsten Farben. Eng-
land sei gealtert und geschwächt, Oesterreich in sich
zerfallen, Rußland erschöpft, Italien noch nicht zur
Manneskraft gereift; Frankreich und Deutschland
allein seien wirklich stark und ebenbürtige Mächte,
deren Unfriede überflüssig und vom Uebel sei,
während ihr Bund Großes schaffen könnte. Durch
seine Interessen getrennt, seien sie vielmehr durch
eine Menge gemeinschaftlicher Interessen verbunden,
auf wirtschaftlichem Felde durch den Kampf
gegen die englischen Producte, die beide Länder
zu überwinden und auszubenten suchen, auf
politischem Gebiete durch den Kampf gegen den
Ultramontanismus. Von einem solchen Bündniß,
von einem solchen „intimen und herzlichen Verhält-
niß“ (alliance intime, cordiale) verspricht sich der
Verfasser große Dinge für den Fortschritt der
Menschheit (de nouveaux fruits de progrès, de
civilisation, de liberté), und um es zu festigen,
schlägt er als materielles Band eine vollständige
Vereinigung zwischen Frankreich und Deutschland
vor, die in ihrer Art eine ähnliche Kraft der Ver-
söhnung und friedlichen Einigung über werde,
wie einst der Zollverein in Deutschland (C'est
le Zollverein qui a été le père de l'unité
allemande. L'union douanière entre l'Allemagne
et la France serait la fin des guerres et le règne
du progrès en Europe.) So weit wäre Alles in
schönster Ordnung und unser „Alsacien“ könnte als
ein „ehrlicher Rastler“ erscheinen, der selbstlos dem
Frieden das Wort redet, Freundschaft gegen
Freundschaft, Vertrauen gegen Vertrauen anbietet.
Aber er ist leider nicht so ideal, als er nach dem
eben Geschilderten scheinen könnte. Er denkt zu
hoch von der Freundschaft der „großen Nation“,
als daß er sie unentgeltlich anbietet sollte; irgend
ein Kaufpreis muß doch für ein so kostbares Gut
erlegt werden und der heißt: Elsaß-Lothringen!
Das also ist des Pudels Kern und so versteht unser
„ehrlicher Rastler“ die neue Freundschaft, die nach
seiner Meinung mit einer Demüthigung Deutsch-
lands beginnen soll. Denn eine Demüthigung, die
uns zum Gelächter der Welt machen müßte, wäre
es doch ganz gewiß, wollten wir alles deutsches
Land, das wir nach einer langen Zeit der Schmach
unter Strömen von Blut zurückgeholt haben,
nun aufs Neue preisgeben, ja aus freien
Stücken Demjenigen schenken, der es uns einst
in schwacher Stunde geraubt und abgeliefert hat.
Und gesetzt, wir würden wieder einmal die
Dummen sein und Elsaß-Lothringen herausgeben,
wer bürgt uns denn dafür, daß Frankreich dann
nicht auch in das allgemeine Gelächter einstimmt
und uns spottend über den Rhein hinüberriefe:
Mein Land habt ihr mir wiedergegeben; aber ihr
habt damit nur eure Pflicht und Schuldigkeit gegen
die große Nation gelhan; auf ihre Freundschaft
habt ihr darum noch lange keinen Anspruch?!

Glaubt denn irgend Jemand im Ernst, daß Frank-
reich, wenn es sich erst wieder im Besitze der Rhein-
und Bogenslinie, im Besitze von Metz und Straß-
burg sieht, friedlicher werden wird? Du grund-
gütiger Himmel; eher wird der Rhein rückwärts
laufen und der Wasgau zusammenstürzen. Unser
„Alsacien“ mag ein Schwärmer sein, vielleicht
ein Deutscher trotz seiner französischen Zunge;
er mag es ehrlich meinen; die Stimmungen
und Strömungen aber, die in Frankreich herrschen
und noch lange Zeit herrschen werden, berechnet
er falsch. Diejenige Strömung gegenüber ist die
Thatfache, daß durch den Uebergang von Elsaß-
Lothringen an Deutschland die Ausfallthore, die
Frankreich dort besaß, zu Verteidigungsbollwerken
geworden sind, die den unruhigen Nachbar von
neuen Kriegen abschrecken, eine viel solidere und
zuverlässigere Friedensbürgschaft, als es die Rück-
gabe von Elsaß-Lothringen jemals sein würde.
Ein deutsch-französisches Bündniß ist ein schön-
er Gedanke; aber etwas Unwahres und Un-
natürliches könnten wir uns jetzt kaum den-
ken. Wir sind vollkommen zufrieden, wenn uns
Frankreich in Ruhe läßt, und in unserer Be-
sitz, in unserer Entwidlung nicht stört. Je
länger Dies geschieht, desto mehr ist Aussicht, daß
der jetzige Zustand ein friedliches Nebeneinander-
leben weiche, aus dem sich vielleicht einmal ein
freundschaftliches Zusammenwirken und Wettstreben
entwickeln kann. Ein deutsch-französisches Bündniß
aber scheint uns in absehbarer Zeit weder möglich
noch nöthig; wir dürfen es nicht erhoffen, aber
wir brauchen es auch nicht.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 12. März.

Die Bedeutung der soeben zum Gesetze erhobenen
Stellvertretungsvorlage ist nach der „Rhein-
Ztg.“ in folgende kurze Sätze zusammenzufassen
(die im Wesentlichen mit dem gestrigen von uns
Dervorgebrachten zusammenstimmen). Das Gesetz
gibt zuerst die Möglichkeit, den künftigen Bismarck
dem Reiche zu erhalten, ihm eine Schonung seiner
Kräfte zu gestatten, welche ihn hoffentlich noch
lange Jahre in den Stand setzen wird, in einheit-
lichem Geiste die Oberleitung des deutschen Reiches
zu führen, wozu es ihm die directen Mittel
gibt. — Die Stellvertretung ermöglicht einen
guten Fortgang der Geschäfte und der Entwidlung
der Gesetzgebung für die noch vorhandenen Lücken,
ohne die harmonische Einheit zu gefährden. — Das
Gesetz hat die Schwierigkeiten beseitigt, welche von
Seiten der Verfassung der Schaffung selbststän-
diger Reichsverwaltungsdressorts bisher im Wege
standen. Und wenn auch von Seiten der drei
Hauptvertreter des Particularismus, Bayern,
Württemberg und Sachsen, gegen „Reichs-Ministe-
rien“ Einsprache erhoben wurde, so giebt das
Gesetz gleichwohl die Möglichkeit, thatsächlich
solche zu schaffen und zugleich dem Reichskanzler
die von ihm stets als notwendig betonte Macht
der entschiedenen Centralleitung zu bewahren. —
Bezüglich der allgemeinen Stellvertretung ist ermög-
licht, daß die notwendige Verbindung zwischen
dem preussischen Ministerium und insbesondere
dem preussischen Finanz-Ministerium und Vice-
Präsidentium aus der einen und zwischen der Reichs-
leitung und den Reichsfinanzen aus der andern
Seite hergestellt werde. — Die Vorlage durch
den Bundesrath hat die Nothwendigkeit organischer
Ausgestaltung der Reichsverwaltung außer Zweifel
gesetzt. Mag man sich auch noch so sehr sträuben,
der geleigte Keim wird sich entfalten. Wir werden
wir das Gesetz trotz aller Schwächen und
aller Ungewissheit als einen Fortschritt zum
Bessern, freuen uns schließlich ganz besonders
über die politische Wägung der liberalen Partei,

welche, das erreichbare, das gewisse Gute dem
ungewissen Bessern vorziehend, gerade dadurch,
weil es nur von ihr abhing, das Gesetz zu ändern
oder zu Falle zu bringen, ihre Regierungsfähigkeit
bekundet hat.
Zur inneren Lage schreibt man der „Magd.
Ztg.“ aus Berlin: Des Kanzlers Gesundheit soll
wieder sehr angegriffen sein, was ja auch aus der
ganzen Art seiner Betheiligung an den Debatten
während der letzten Wochen für jeden Anwesenden
deutlich zu erkennen war. Es war also hohe Zeit,
die verantwortliche Stellvertretung für den ersten
Reichsbeamten zu regeln, um aus Verhältnissen, die
für alle Betheiligten etwas geradezu Aufreißendes
und Unerträgliches hatten, heraus und in leichtere,
relativ wenigstens bessere Zustände hineinzuführen.
Die allgemeine Lage ist freilich auch jetzt noch
eine in hohem Grade unerquickliche. Von den
Forderungen, die man vor Monaten hegte und noch
bis vor wenigen Wochen hegen durfte, daß es ge-
lingen werde, eine feste, compacte Majorität zu
bilden, welche durch einige ihrer Führer in der
Regierung vertreten wäre, hat die Entwidlung der
Dinge in letzter Zeit, wie es scheint, ziemlich weit
abgeführt. Fürst Bismarck wünscht die Stimmen
der Liberalen für große indirecte Steuern, wömmög-
lich für das Tabaksmonopol. Er weist aber die
notwendigen und sehr maßvoll gehaltenen Wünsche
der Volksvertretung, Bürgschaften für ihre consti-
tutionellen Budgetrechte zu erlangen, einfach mit der
Antwort zurück, es sei dies eine Sache des Vertrauens.
— So ist denn jetzt durch das Stellvertretergesetz
ein Vielkanzlerposten geschaffen; aber von dem Vice-
kanzler, der den Posten einnehmen wird, verläutet
Nichts. Wird aber dieser politisch hochwichtige
Posten nicht mit einer Persönlichkeit besetzt, welche
Autorität in und Fühlung mit den Majoritäts-
kreisen des Reichstages besitzt, so werden die Ge-
schäfte des deutschen Parlaments wie des preus-
schen Landtages wie bisher so auch in Zukunft
nur unter den alten leidigen Reibungen und ärger-
lichen Rührerständen in langsam schleppender
Weise — so daß die dringendsten Aufgaben immer
auch Neue verzögert werden — ihren Verlauf
nehmen können. Davon, daß der Posten des
Finanzministers mit derselben Person besetzt sein
soll, die den Kanzler im Reiche vertritt, scheint Fürst
Bismarck gänzlich zurückgelassen zu sein. Man sagt,
weil er mit seiner Ansicht namentlich in Bezug auf
die gewöhnliche Persönlichkeit an entscheidender Stelle
nicht durchzudringen vermochte. So ist auf allen
Punkten die eigentliche Entscheidung, welche zu
einer Klärung der Lage führen muß, abermals
hinausgeschoben; wobei bei der ersten Lesung der
Steuervorlagen noch auf der zweiten Staffel der
Entwidlung — wo man sie mit Bestimmtheit
erwartete — bei der Stellvertreterdebatte, ist sie
erfolgt. Es sind nur Nebenentscheidungen gefallen:
bei der ersten Gelegenheit ward das Geschick
Camphausen's ziemlich sicher besiegelt, bei der
zweiten ward die Reichsorganisation um einen Rud
weiter gebracht. Die weiteren Beschlüsse des Reichs-
tages in Sachen der Steuererträge bilden eine
dritte Gelegenheit, um zur Klarheit über die nächste
Zukunft zu gelangen; wir werden sehen, was auf
dieser dritten Etappe sich ereignen wird. Sehr
vertrauensvoll nach ihr hinzublicken, bietet die
augenblickliche Constellation wahrlich keinen Grund.
Der „Befr.-Ztg.“ schreibt man aus Berlin,
11. März: Anlässlich des gestrigen Ausfalls des
Reichskanzlers an den Abg. Paster erinnert
man sich, daß die bestigen Angriffe, welche gerade
der Genannte bei der ersten Beratung der Steuer-
erträge gegen den Finanzminister Camphausen ge-
richtet hatte, sowohl bei dem künftigen Bismarck
wie an höchster Stelle großes Mißfallen hervor-
gerufen haben. Zudem wird auch — mit welchem
Recht, mag dahin gestellt bleiben — gerade ihm
ein wesentlicher Einfluß auf die scharfe Formulirung
der versicherungsmäßigen Garantien zugeschrieben,
welche der Führer der nationalliberalen Partei als

Vorbedingung der Steuerreform fordern. Wenn
übrigens Correspondenzen, welche sich den Schein
laulerischer Inspiration zu geben pflegen, wie
z. B. die der Wiener „Polit. Corr.“ mit einer ge-
wissen Schadenfreude constatiren, daß die National-
liberalen nicht mehr von der Befestigung des
Art. 109 der preussischen Verfassung sprechen, son-
dern nur noch von der Quotirung der Ein-
kommensteuer, so ist das reiner Unverstand. Das
angebliche Zurückweichen der nationalliberalen
Partei von ihren früheren Forderungen existirt
bisher nur in der Phantasie ihrer Gegner. Der
Ertrag der Classensteuer und der classificirten Ein-
kommensteuer belief sich im Jahre 1875 auf
74 1/2 Mill. Mark und wenn dieselbe in den letzten
Jahren auch um einige Millionen gefallen ist, so
ist diese Summe doch so erheblich, daß das Recht
der preussischen Vertretung, je nach Bedarf eine
größere oder geringere Quote dieser Steuern zu
erheben, eine hinlängliche Garantie gegen die
etwaigen Rückwirkungen einer Vermehrung der
Erträge der indirecten Steuern seitens des Reiches
auf die preussischen Finanzen gewähren würde. Ist
diese angeblich neue Forderung so sehr viel be-
scheidener als die frühere, so wäre ja um so eher
zu erwarten, daß die Regierung sich zu diesem
„Gandel“ bereit finden ließe. — Zur Steuerfrage
verlautet neuerdings, auf Veranlassung des Reichs-
kanzlers sei der Generaldirector der indirecten Steuern
im preussischen Finanzministerium, Geh. Oberfinanz-
rath Burgardt, beauftragt worden, eine Denk-
schrift über die Frage Habitaftsteuer oder Tabak-
monopol auszuarbeiten, welche noch in dieser Session
dem Reichstage vorgelegt werden solle. Auf den ersten
Blick klingt diese Nachricht recht plausibel; in-
dessen könnte die Denkschrift doch nicht wohl mit Um-
gehung des Bundesraths an den Reichstag gelan-
gen; im Bundesrath aber würde man sich über et-
waige Conclusionen aus dem vorgelegten Mate-
rial in so kurzer Zeit schwerlich schlüssig machen.
Das Gerücht übrigens, daß Geh. Oberfinanzrath
Burgardt für den in Aussicht genommenen Posten
eines Reichsfinanzministers oder Reichschatzsec-
retairs bestimmt sei, hat mindestens große Wahr-
scheinlichkeit für sich.
In Reichstagskreisen tauchte am Montag von
Neuem das Gerücht auf, der Oberpräsident von
Hannover, Graf zu Eulenburg, wäre außer-
sehen, seinen Antheil, den beurlaubten Minister des
Inneren, zu ersetzen. Genauer wußte Niemand
zu sagen.
Der Finanzminister Camphausen wurde am
Montag Mittag vom Kaiser empfangen; er er-
neuerte, wie verlautet, seine Bitte um Entlassung.
Der Kaiser habe jedoch den Minister abermals ab-
schlägig bestritten.
Der Minister Dr. Friedenthal soll neuerdings
eine Denkschrift über die Finanz- und Wirtschaft-
frage für den Reichskanzler aufgearbeitet haben.
„Damit“ — bemerkt die „R. Fr. Ztg.“ — mag
das Gerücht im Zusammenhang stehen, daß Fürst
Bismarck auf seinen früheren Wunsch, dem Minister
Dr. Friedenthal das Finanz-Ministerium zu über-
tragen, wieder zurückgekommen sei.
Die Postcommission des Reichstages
wird binnen wenigen Tagen in der Lage sein,
über ihre Beratungen und Beschlüsse Bericht zu
erstatten. Den meisten Sitzungen wohnte der
Generalpostmeister Dr. Stephan mit seinen beiden
Commissaren Riegnier und Kramm bei. Es war
behaupet worden, aus Erparnisrücksichten wäre
eine große Menge von etatsmäßigen Stellen un-
besetzt gelassen worden; die amtlichen Anzeiger
ergaben, daß zu Ende des vorigen Jahres im
Gebiete des gesammten Ressorts nur vier Post-
secretärstellen vacant waren und zwar aus rein
äußeren Gründen. Die Commission hat sich an-
gelegen sein lassen, alle ihr vorliegenden Petitionen
und Beschwerden aufs Gründlichste zu prüfen, und
das hierzu erforderliche Material stellte ihr der
Generalpostmeister bereitwillig zur Verfügung.